

Die Zukunft der Studierenden und die Gesundheit der Bevölkerung stehen auf dem Spiel

Wir fordern eine klare Finanzierung der psychotherapeutischen Weiterbildung.

Im Jahr 2019 wurde die Ausbildung zum:r Psychologischen Psychotherapeut:in bundesweit reformiert (PsychThG). Einerseits begrüßen wir diese Reform ausdrücklich. Andererseits blicken wir mit großer Sorge auf die Tatsache, dass die Finanzierung der durch die Reform entstehenden Mehrkosten bis heute nicht gesichert ist.

Während der fünfjährigen Weiterbildung im Anschluss an den Master haben die angehenden Psychotherapeut:innen dank der Reform endlich ein Anrecht auf eine faire und dem Masterabschluss angemessene Vergütung. Die Kommunen und das Land haben bereits mitgeteilt, dass sie sich nicht an den Kosten beteiligen werden. Nun hat der Bund klargestellt, dass die Verantwortung für die Vergütung während der Weiterbildung bei den Krankenhäusern und Ambulanzen liegt. Es ist jedoch eindeutig abzusehen, dass diese nicht in der Lage sein werden, die Kosten alleine zu tragen.

Wir sind schockiert darüber, dass die Verantwortung für unsere Zukunft zwischen den Beteiligten hin- und hergeschoben wird. Im nächsten Jahr werden die ersten Studierenden ihren Master nach dem neuen System abschließen. Wenn die Finanzierung bis dahin weiterhin in der Luft hängt, heißt das: Es werden fast keine neuen Therapeut:innen mehr ausgebildet.

Für uns Studierende bedeutet das: Wir werden unseren Traumberuf, für den wir jahrelang hart gearbeitet haben, nicht ausüben können. Wenn die Verantwortlichen nicht handeln, hat man unsere Zukunft sehenden Auges verspielt.

Aber nicht nur die angehenden Psychotherapeut:innen sind betroffen. Bis 2028 werden voraussichtlich ca. 30% der Psychotherapeut:innen in Rente gehen (https://www.kbv.de/media/sp/2023-12-31_BAR_Statistik.pdf). Der demografische Wandel macht auch vor dieser Berufsgruppe nicht halt. Im Gegensatz zu anderen Berufsfeldern mangelt es hier nicht an motivierten, jungen Menschen, die Psychologie studieren und Psychotherapeut:innen werden wollen. Die drohende Versorgungslücke wird allein darauf zurückzuführen sein, dass die Politik die psychische Gesundheit der Bevölkerung nicht priorisiert hat. Es droht ein beispielloser Einbruch der psychotherapeutischen Versorgung – in einer Zeit, in der psychische Erkrankungen auf dem Vormarsch sind, in der die Wartezeiten auf Psychotherapieplätze immer weiter ansteigen und in der die volkswirtschaftlichen Schäden durch psychische Erkrankungen schon jetzt immens sind.

So weit muss es aber nicht kommen. Noch kann gehandelt werden, aber das Zeitfenster dafür wird immer enger.

Wir als Psychologiestudierende des Saarlandes und Psychotherapeut:innen von morgen fordern daher ...

- ... von den **demokratischen Fraktionen im saarländischen Landtag**, dass Sie sich für die Zukunft der Psychologiestudierenden einsetzen und die psychotherapeutische Versorgung im Saarland langfristig sichern.
- ... vom **saarländischen Ministerium für Arbeit, Frauen, Soziales und Gesundheit** und vom **Minister Herrn Dr. Magnus Jung**, dass Sie sich in den Ausschüssen des Bundesrates, in den Fachministerkonferenzen der Länder und im informellen Austausch mit den Verantwortlichen vehement für ein solides Fundament der Finanzierung der psychotherapeutischen Weiterbildung einsetzen.
- ... vom **Bundesministerium für Gesundheit** und vom **Bundesminister Herrn Prof. Dr. Karl Lauterbach**, das im Ministerium mehr als bekannte Problem nicht weiter zu ignorieren, sondern Verantwortung für die psychisch kranken Menschen zu übernehmen – auch wenn und gerade weil diese Gruppe nicht so laut auf sich aufmerksam machen kann wie andere.
- ... von der **Öffentlichkeit**, dieses Thema ernst zu nehmen und uns in unseren Forderungen zu unterstützen. Psychische Erkrankungen können jede:n betreffen. Auch wenn man vielleicht nicht selbst erkrankt, kann es Personen im näheren Umfeld treffen. Gerade Kinder und Jugendliche sind nach der Pandemie und angesichts der multiplen Krisen besonders betroffen und müssen von uns allen geschützt werden.

Die internationale Expertenkommission der Fachzeitschrift *Lancet Psychiatry* hat vor einigen Wochen einen Bericht zur Lage der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen veröffentlicht und dabei folgende Formulierung gewählt:

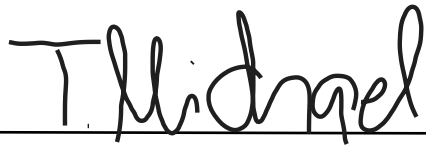
„Wir sind in eine gefährliche Phase eingetreten. Zusammenhalt und Wohlstand von Gesellschaften auf der ganzen Welt stehen auf dem Spiel. Dies ist nicht irgendeine Warnung – es könnte unsere letzte Chance sein, aktiv zu werden.“

Es geht uns alle an. Wir dürfen das Problem nicht länger ignorieren.

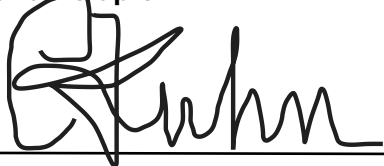
Gez.

Der Fachschaftsrat Psychologie der Universität des Saarlandes
& Die Psychologiestudierenden der Universität des Saarlandes

Unterstützt von



Prof. Dr. Tanja Michael
Lehrstuhl für klinische Psychologie und Psychotherapie



Akad. Direktorin Dr. phil. Caroline Kuhn
Lehrstuhlvertretung für Klinische Neuropsychologie



Prof. Dr. Malte Friese
Lehrstuhl für Sozialpsychologie



Prof. Dr. Jurta Kray
Lehrstuhl Entwicklung von Sprache, Lernen und Handlung



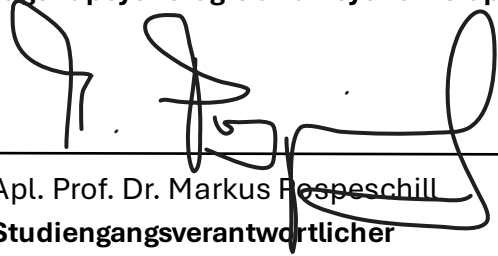
Prof. Dr. Frank M. Spinath
Lehrstuhl für Differentielle Psychologie und Psychologische Diagnostik



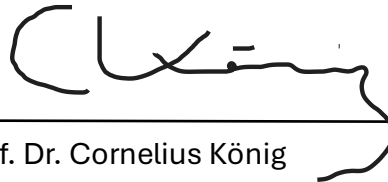
PD Dr. Dorota Reis
Forschungsgruppe Angewandte statistische Modellierung



Jun.-Prof. Dr. Anselm Crombach
Lehrstuhl für Klinische Kinder- und Jugendpsychologie und Psychotherapie



Apl. Prof. Dr. Markus F. Respschill
Studiengangsverantwortlicher Psychologie



Prof. Dr. Cornelius König
Lehrstuhl für Arbeits- und Organisationspsychologie



Prof. Dr. Axel Mecklinger
Lehrstuhl für experimentelle Neuropsychologie



Prof. Dr. Dirk Wentura
Lehrstuhl für allgemeine Psychologie und Methodenlehre